

Monetas in Nachlassstundung

Zug Das Jungunternehmen Monetas befindet sich in provisorischer Nachlassstundung bis Ende April. Das bedeutet, dass der Firma knapp zwei Monate Zeit bleibt, um eine Sanierung aufzugleisen. Bis Ende April kann Monetas nicht betrieben werden. Gründer Johann Gevers sagte gestern auf Anfrage: «Wir haben die Nachlassstundung beantragt, um Monetas zu bereinigen und auf einer soliden Basis neu aufzubauen.»

Erst Ende Januar hatte ein US-Investor die angeschlagene Zuger Fintech-Firma vor dem Bankrott gerettet. Allerdings soll sich Gevers in der Zwischenzeit mit dem Investor Artillery One zerstritten haben. In einem «Swissinfo» vorliegenden Anwaltsschreiben an Gevers heisst es, dass Artillery One die Transaktion beende und alle bezahlten Gelder zurückfordere, welche an Gevers «oder zu seinem Vorteil» an Monetas, Gläubiger und Anwälte bezahlt worden seien. Ausserdem werde Artillery One an Gevers und Monetas Forderungen in der Höhe von 1 Million Franken stellen. Gevers habe absichtlich falsche Informationen angegeben.

Monetas wollte in Entwicklungsländern wie Tunesien mobile Bezahlösungen anbieten. Das Unternehmen geriet jedoch in finanzielle Schwierigkeiten. Im vergangenen Herbst musste Monetas sämtliche Angestellten entlassen.

Gevers war bis vor kurzem auch Stiftungsratspräsident von Tezos. Auch bei diesem Zuger Blockchain-Projekt gab es Streit, in diesem Fall mit dem Gründer-Ehepaar. Vor kurzem trat Gevers bei Tezos zurück. (mim)

Gewerbegesetz wird aufgehoben

Tessin Der Tessiner Staatsrat hat gestern entschieden, das umstrittene kantonale Gewerbegesetz LiA, das einen Eintrag in ein Handwerkerregister vorsieht, aufzuheben. Die Exekutive zieht damit erwartungsgemäss die Konsequenzen aus einem Urteil des Tessiner Verwaltungsgerichts, wonach dieses Gesetz gegen das Bundesgesetz über den Binnenmarkt verstösst und auch nicht aus öffentlichem Interesse zum Schutz des Arbeitsmarktes vertretbar ist (siehe Ausgabe von gestern).

Das zuständige Bau- und Umweltdepartement wurde angewiesen, die nötigen Schritte zur Aufhebung des Gesetzes einzuleiten, wie es in einer Mitteilung heisst. Es wird eine Botschaft ausgearbeitet, über welche dann der Grosse Rat entscheidet. (gl)

Landis + Gyr meldet Rücktritt

Zug Landis+Gyr vermeldete gestern den Rücktritt von Oliver Iltisberger, Vizepräsident der Asiensparte des Unternehmens. Er verlässt Landis+Gyr zu Gunsten einer neuen beruflichen Herausforderung, heisst es in einer Medienmitteilung.

Die Suche nach einer Nachfolge läuft bereits, es werden sowohl interne als auch externe Kandidaten geprüft. Iltisberger steht während dieser Übergangsphase dem Unternehmen noch zur Verfügung. (red)

Marschbefehl für die Frauen

Frauenquote Die Schweizer Wirtschaft braucht dringend mehr weibliche Führungskräfte, doch diesen scheint es im überwiegend männlich dominierten Management oft nicht zu behagen.

Daniel Zulauf

«Die demografische Entwicklung gefährdet das Wachstum», sagte Managementberater Guido Schilling gestern in Zürich und schickte der Warnung gleich ein Faktum hinterher: In den Schweizer Firmen sei der Ausländeranteil unter den neuen Geschäftsleitungsmitgliedern im vergangenen Jahr von 64 Prozent auf 38 Prozent eingebrochen.

Was für die Befürworter einer stärkeren Zuwanderungsbeschränkung nach einer längst überfälligen Mässigung klingen mag, ist für die Wirtschaft offenbar ein grosses und wachsendes Problem. «Wenn die Babyboomer in zehn Jahren aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und weder genügend Frauen noch ausländische Manager für Leitungsfunktionen zur Verfügung stehen, droht uns ein akuter Führungskräfte-mangel», meinte Schilling anlässlich der Präsentation seines Schilling-Reports, der seit 13 Jahren die Zusammensetzung der Geschäftsleitungs- und Verwaltungsratsgremien in den 100 grössten Unternehmen der Schweiz nachzeichnet.

Managerinnen seltener geworden

Frauen sind in den Teppichetagen der Schweizer Wirtschaft in der Tat eine seltene Erscheinung. 2017 belief sich der Frauenanteil in den Geschäftsleitungsgremien der untersuchten Unternehmen gerade mal auf 7 Prozent. Der Wert ist fast schon lächerlich tief, nicht nur im Vergleich mit den punkto weiblicher Top-Management-Partizipation vorbildlichsten Ländern Skandinavien, sondern auch im Vergleich mit Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien oder den Niederlanden. Und schlimmer noch: Spitzenmanagerinnen sind in der Schweiz 2017 sogar noch seltener geworden, als sie es ohnehin



Frauen sind in den Chefetagen von Schweizer Unternehmen oft in der Unterzahl.

Bild: Getty

schon waren. Elf Frauen haben ihre Chefposten im Beobachtungszeitraum aufgegeben, und nur neun sind hinzugekommen. Als Folge davon ist die Quote von 8 Prozent auf 7 Prozent gefallen.

Schilling sprach von einer «ernüchternden» Entwicklung, vor allem mit Blick auf das Jahr 2016, als sich ein Trend zu mehr Frauen in den Chefetagen abzeichnen schien. Von 129 Managern, die 2016 einen Geschäftsleitungsposten in einem Schweizer Unternehmen antraten, war immerhin jeder fünfte eine Frau. Dass sich dieser vermeintliche Trend bereits wieder in Luft aufgelöst hat, kommt freilich nicht ganz überraschend. Von den 27 Gesichtern, die 2016 als neue Hauptakteurinnen der Schweizer Wirtschaft in Erscheinung traten,



stammten 20 aus dem Ausland. Offensichtlich profitierte die helvetische Wirtschaft von der Politik anderer Länder wie Deutschland, wo Frauenquoten inzwischen ihre Wirkung entfalten.

Doch der Manager-Import, mit dem die Schweiz ihre notorisch tiefe weibliche Partizipationsrate in den Führungsgremien lange Zeit überdecken

konnte, kommt nach Schillings persönlicher Erfahrung ins Stocken. Noch vor wenigen Jahren sei die Schweiz für viele ausländische Führungskräfte eine präferierte Karrierestation gewesen. Inzwischen seien abschlägige Antworten auf attraktive Job-Offerten der Normalfall.

Mehr Frauen im öffentlichen Sektor

Über die Rückständigkeit der Schweizer Wirtschaft mag man staunen, zumal viele Unternehmen ausgesprochen erfolgreich sind und mit einer Ausländerquote in den Chefetagen von 44 Prozent von einer starken Internationalität zeugen. Doch ein Blick in die Geschichte zeigt Gründe für diese Diskrepanz. Bis in die 1980er-Jahre war die

Schweizer Wirtschaft eine mehr oder weniger reine Männerdomäne, in der die wichtigsten Repräsentanten ein enges wirtschaftlich-gesellschaftliches Netzwerk bildeten. Die Öffnung der Kapital- und Finanzmärkte in den 1990er-Jahren führte zu einer abrupten Auflösung dieser «Schweiz AG», die mit einem starken Zustrom ausländischer Führungskräfte einherging.

Im öffentlichen Sektor spielen weibliche Akteure denn auch viel öfter eine Führungsrolle als im Privatsektor. Doch auch dort müssen Vorzeigefiguren wie Susanne Ruoff, seit 2012 Konzernleiterin der Post, bisweilen die bittere Erfahrung machen, dass ihnen das Geschlecht im Krisenfall schnell auch zum Nachteil ausgelegt werden kann.

«Wir wollen die Welt nicht in die Luft sprengen»

USA Nach dem Abgang des präsidentialen Wirtschaftsberaters Gary Cohn beharrt das Weisse Haus auf die Verhängung von Strafzöllen. Donald Trump will damit politische Punkte erzielen.

Das Weisse Haus bemüht sich im Streit um Strafzölle um Schadensbegrenzung. Gestern Morgen verkündete Handelsminister Wilbur Ross an einer hastig einberufenen Pressekonferenz: «Wir versuchen es mit einem chirurgischen Ansatz.» Die drohenden Zuschläge auf Stahl- und Aluminiumimporte würden nicht für Mexiko und Kanada gelten, falls die beiden Nachbarstaaten in den andauernden Verhandlungen um eine Nachbesserung der gemeinsamen Freihandelszone Nafta zu Konzessionen bereit seien. «Es ist nicht unvorstellbar, dass auch andere (Staaten) auf einer ähnlichen Grundlage» von der Zollgebühr befreit würden, sagte Ross.

«Wir wollen die Welt nicht in die Luft sprengen.» Ähnliche Töne hatte Präsident Donald Trump bereits am Dienstag während einer Pressekonferenz mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven ange-

schlagen. Amerika habe keine andere Wahl, als Strafzölle gegen die entsprechenden Importe aus Europa zu verhängen, sagte Trump – «es sei denn, sie kommen uns entgegen».

Trumps veraltetes Wirtschaftsbild

Diese einmal mehr improvisiert wirkenden Anpassungen lassen sich mit dem Druck erklären, unter dem das Weisse Haus seit einer Woche steht. Denn die von Präsident Trump angekündigten Strafzölle stossen just bei führenden amerikanischen Unternehmen auf heftige Gegenwehr. Gerade die produzierende Industrie, deren Erfolg der Präsident immer wieder mit seiner Wirtschaftspolitik erklärt, hat Angst vor einem Handelskrieg mit den wichtigsten amerikanischen Verbündeten. Auch aus den Reihen der Republikaner im nationalen Parlament ist scharfe Kritik an der protektionistischen Massnah-

me zu vernehmen, selbst unter Trump-Alliierten.

Dass der präsidentiale Wirtschaftsberater Gary Cohn – ehemaliger Präsident von Goldman Sachs und Mitläufer der Demokraten – am Dienstag seinen Rücktritt ankündigte, sorgte in diesen Kreisen deshalb für grosse Aufregung. Der selbstbewusst auftretende Cohn galt in Washington als ein Mann, der dem Präsidenten nötigenfalls Paroli bieten konnte. In den heftigen

«Wir werden ausgenutzt.»

Donald Trump
US-Präsident

Debatten um die künftige amerikanische Handelspolitik habe der schwerreiche Ex-Banker bis zuletzt die Vorzüge des Freihandels hochgehalten – und betont, dass Amerika unter dem Strich verlieren werde, wenn sämtliche Handelspartner der USA gleichermaßen für die Betrügereien bestraft würden, die Trump den Chinesen vorwirft.

Trump aber liess sich von diesen Argumenten nicht überzeugen. Sein Bild der amerikanischen Wirtschaft stammt aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren, als die Schwerindustrie mit ihren überdimensionierten Fabriken ganze Landesteile prägte. So verkündete der Präsident am Dienstag, er verfolge auch sicherheitspolitische Ziele mit seiner Ankündigung: «Wenn ein Land keine Stahlindustrie besitzt, dann ist es kein Land.» Und: Es könne doch nicht sein, dass die USA im Handel mit China jedes Jahr 500 Milliarden Dol-

lar «verliere», weil die Importe höher ausfielen als die Exporte. «Wir werden ausgenutzt.»

Wirtschaftspolitisch ist dieser protektionistische Kurs höchst umstritten. Ausserhalb von Washington und New York gibt es aber sehr wohl Stimmen, die Trump unterstützen. So kommentierte die Zeitung «Pittsburgh Post-Gazette» am Mittwoch: Das Gerede von einem drohenden Handelskrieg sei «Unsinn». Vielmehr müsse sich Amerika endlich dagegen wehren, dass der heimische Markt von künstlich verbilligtem ausländischem Stahl überschwemmt werde. Pittsburgh war einst eines der Zentren der amerikanischen Stahlindustrie, und es ist deshalb nicht erstaunlich, dass Trumps Wirtschaftspolitik in der schmucken Stadt im Westen von Pennsylvania auf ein gewisses Verständnis stösst.

Renzo Ruf, Washington